

Landkreis Kassel



Absender: Kreistags-/Kreisausschussbüro

Vorlage-Nr.: 2011/0280

Veranlasser / Verursacher

Datum: 09.11.2011

Aktenzeichen:

Antrag

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, FDP, FW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Kreistagsabgeordneten Conrad und Schmidt vom 02.11.2011 betr. „Kostenunterschiede unabhängig untersuchen“

Beratungsfolge:

Gremium	am	Top	Status
Haupt- und Finanzausschuss	05.12.2011	20	öffentlich
Kreistag	07.12.2011	26	öffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	13.02.2012	6	öffentlich
Kreistag	16.02.2012	13	öffentlich

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss bei der studentischen Unternehmensberatung der Universität Kassel oder einer studentischen Unternehmensberatung einer der umliegenden Universitäten ein Gutachten zu den Kostenunterschieden für die Produkte des Haushaltes verglichen mit den Kreisen des Regierungsbezirks Nordhessen in Auftrag zu geben.

Das Gutachten soll Ursachen für die höheren Kosten darstellen und Möglichkeiten zur Effizienzsteigerungen aufzeigen. Das Gutachten ist dem Kreistag zeitnah vorzulegen.

Begründung:

In der Vergangenheit wurden das Ansinnen die Kostenstruktur des Kreises durch eine Unternehmensberatung untersuchen zu lassen, im Kreistag immer mit der Begründung

abgelehnt, dass dies zu teuer sei. Die vorgelegten Vergleichszahlen des Regierungspräsidiums belegen jedoch dringlichen Handlungs- und Prüfungsbedarf. Durch das Hinzuziehen einer studentischen Unternehmensberatung könnten die Kosten eines Gutachtens gesenkt werden und gleichzeitig ein erfolgreiches Praxisprojekt an der Universität Kassel gestartet werden. Die politische Bewertung der Ergebnisse und etwaiger Sparmöglichkeiten obliegt anschließend natürlich dem Kreistag.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Lasse Becker

Anlage/n:

Beschreibung
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, FDP, FWG, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Kreistagsabgeordneten Conrad und Schmidt vom 02.11.2011 betr. „Kostenunterschiede unabhängig untersuchen“
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und DIE LINKE. vom 07.12.2011